

## 2. Feuerwehrgerätehaus

- a) Vergabe Rohbauarbeiten (Beton- und Maurerarbeiten, Stahlkonstruktions-, Gründungs- und Abbrucharbeiten u.a.)
- b) Unterbringung der Feuerlösch-Fahrzeuge und Geräte während der Bauzeit.

## 3. Aussegnungshalle:

- a) Vergabe der restlichen Arbeiten (Fassadenverkleidungsarbeiten u.a.)
- b) Vergabe der Arbeiten für die Außenanlagen (in verschiedenen Bauabschnitten)

## 4. Verbesserung von innerörtlichen Verkehrsverhältnissen; insbesondere in der Gartenstraße mit Nordwestgebiet Kelter, Im Wolfsgalgen, Im Schulberg, am Laiblinger Weg, u.a.

## 5. Kindergärten

Festlegung der Elternbeiträge

## 6. Änderung der Neufassung der Verbandssatzung des Gemeindeverwaltungsverbandes SCHWIEBERDINGEN-HEMMINGEN

Der von der Verbandsversammlung neugefaßten Verbandssatzung muß noch von den beiden Verbandsgemeinden Hemmingen und Schwieberdingen formell zugestimmt werden.

## 7. Zuckerrübenabfuhr im Hardt-Schönbühlhof:

Überlassung des Geländes des seitherigen Auffüllplatzes zur Zwischenlagerung.

## 8. Verschiedenes, Anfragen, Anträge.



**Nächster Blutspendetermin  
in Schwieberdingen:  
Dienstag, 5. Sept. 1978  
Bitte vormerken!**

## Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1978

Das Landratsamt Ludwigsburg hat mit Erlaß vom 12. Juli 1978 gem. § 121 Abs. 2 GO die Gesetzmäßigkeit der vom Gemeinderat am 10. Mai 1978 beschlossenen Haushaltssatzung unter Festsetzung der Kreditaufnahmen auf DM 2.490.000,- und der Verpflichtungsermächtigungen auf DM 1.648.000,- bestätigt.

Nachstehend wird die Haushaltssatzung für das Rechnungsjahr 1978 gem. § 81 Abs. 4 GO öffentlich bekanntgemacht. Der Haushaltsplan liegt an sieben Tagen und zwar vom Montag, dem 7. August 1978 bis Dienstag, dem 15. August 1978, je einschließlich, im Rathaus, Zimmer 9, auf.

## Haushaltssatzung der Gemeinde Schwieberdingen für das Haushaltsjahr 1978

Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg i.d.F. vom 22. Dezember 1975 (Ges.Bl. 1976 S. 1) hat der Gemeinderat am 10.5.1978 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1978 beschlossen:

### § 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen und Ausgaben  
in Höhe von je 20.283.990 DM,  
davon  
im Verwaltungshaushalt 12.883.620 DM,  
im Vermögenshaushalt 7.400.370 DM;
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von 2.490.000 DM;  
(davon für Eigenbetrieb — — DM)
3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1.648.000 DM.

### § 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2.500.000 DM festgesetzt.

### § 3

Die Steuersätze werden festgesetzt

1. für die Grundsteuer
  - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 230 v.H.,
  - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 200 v.H. der Steuermeßbeträge;
2. für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerkekaptal auf 330 v.H. der Steuermeßbeträge.  
Mindestgewerbesteuer - 0 - DM.

Schwieberdingen, den 10. Mai 1978

gez. Butzer  
Bürgermeister

## Änderung des Bebauungsplanes "Gröninger Weg - 1. Teil"

Die vom Gemeinderat am 30.5.1978 beschlossene Satzung zur Änderung des Bebauungsplanes "Gröninger Weg - 1. Teil", bestehend aus dem Lageplan des Vermessungsbüros Eugen Schüle, Stuttgart-Zuffenhausen, vom 28.3.1973 und dem Deckblatt vom 21.12.1977 samt Textteil wurde vom Landratsamt Ludwigsburg mit Erlaß vom 24.7.1978 Nr. 21 -612.21 Wa/Ba gem. § 11 BBauG und gem. § 111 LBO **genehmigt**. In diesem genehmigten Bebauungsplan sind Vorschriften nach § 111 LBO enthalten.

Der genehmigte Bebauungsplan mit Begründung liegt gem. § 12 BBauG im Rathaus, Zimmer 14, während der Dienststunden aus und kann dort eingesehen werden. Auf die Vorschriften des § 44c Abs. 1 Satz 1 und 2 und Abs. 2 des Bundesbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256) über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen. Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes beim Zustandekommen des Bebauungsplanes, mit Ausnahme der Vorschriften über die Genehmigung und die Bekanntmachung, ist unbeachtlich, wenn die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift nicht innerhalb eines Jahres seit dem Inkrafttreten des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist.

Mit dieser Bekanntmachung wird dieser Bebauungsplan rechtsverbindlich.